



Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld, den 11.03.2020

An den Vorsitzenden
des Haupt- und Finanzausschusses
Herrn Bürgermeister Heinz Öhmann
Markt 8
48653 Coesfeld

Sehr geehrter Herr Öhmann,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung des nächsten Hauptausschusses aufzunehmen.

Der Rat der Stadt Coesfeld fasst zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Auffanglagern folgende Beschlüsse:

Der Rat der Stadt Coesfeld bietet 30 zusätzliche Aufnahmeplätze für die hilfsbedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, von Artikel 17 Dublin-III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die von der Stadt Coesfeld und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden)-Quote aufzunehmen.

Die Stadt Coesfeld erklärt sich bereit, diese Geflüchteten nach Abschluss des Asylverfahrens in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden oder werden geschaffen

Die Stadt Coesfeld bietet darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Geflüchtete an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten nach Deutschland zu installieren.

Die Stadt Coesfeld bittet das Land –auch in seiner Funktion als Kostenträger –um Unterstützung dieses Vorhabens. Anfallende städtische Kosten müssen unter Umständen über einen Nachtragshaushalt finanziert werden.

Begründung:

Die Situation in den griechischen Auffanglagern verschlechtert sich von Woche zu Woche, Sie ist inzwischen als katastrophal und unmenschlich zu bezeichnen. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete und besonders schutzbedürftige Menschen erhalten dort nicht die Betreuung und Unterstützung, die sie dringend benötigen.

Die Erfahrungen mit der Initiative der aus Seenot geretteten Geflüchteten hat gezeigt, dass der Weg von dem Angebot der Kommunen zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland bis zu einer Lösung weit und mühsam ist. Eine gemeinsame europäische Lösung ist noch nicht in Sicht und wir wohl auch noch dauern. Es ist daher dringend geboten, dass zumindest die nordrhein-westfälischen Städte ihre Angebotskontingente frühzeitig an Land und Bund übermitteln, um auf diesem konkreten Angebot basierend entsprechende Gespräche zu führen und möglichst zeitnah Lösungen zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Erich Prinz
Fraktionssprecher